

Sts 1210
Min 13405

2. Ausfertigung, da Rücklauf der 1. Ausfertigung nicht erfolgt ist (kein PE bei 43)

Gr 19108

MIL

Potsdam,

25.04.2022

Telefon:

0331 - 866 8272

43.6

Bearb.:

Knapp

Katharina.Knapp@mil.brandenburg.de

M. Z. Bitte
Vorweg
Kl
2018/22

O:\Abt4\Ref43\24-4 Verkehrsverbund\244-4 Tarife und Vertrieb\TarifSondertickets\Schüler\Verbesserung Schüler KOA\Abstimmung HL\Schlussvermerk\2022-04-25_Vermerk Abstimmung HL_Verbesserung Schüler.docx

Vermerk

Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler

Anlass:

Im gemeinsamen Koalitionsvertrages von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Ein neues Kapitel für Brandenburg – Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit“ ist vereinbart, an der Harmonisierung und Vereinfachung der Tarife weiter zu arbeiten und in einem ersten Schritt Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler zu erreichen“ (Zeilen 536 und 537).

Besonders werden
verfesselt. Eine
Forschung aus EP
ist nicht möglich
u.ä.

Sachverhalt:

• gesetzliche Regelungen im Land Brandenburg:

Im §112 Brandenburger Schulgesetz ist geregelt, dass die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der Schülerbeförderung für die Schülerinnen und Schüler an Schulen in öffentlicher Trägerschaft und an Ersatzschulen, die in ihrem Gebiet ihre Wohnung haben. Die Landkreise und kreisfreien Städte regeln das Nähere in eigener Verantwortung durch Satzung.

7 sind

Das Land Brandenburg hat von der Möglichkeit § 45a PBefG „Ausgleichspflicht“ durch eine Landesregelung Gebrauch gemacht und diese im ÖPNV-Gesetz verankert. Die Landkreise und kreisfreien Städte erhalten gem. § 1 Abs. 3 ÖPNV-Finanzierungsverordnung 37 Mio. Euro für die Erfordernisse des Ausbildungsverkehrs.

• Prüfauftrag Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler:

Das MIL hat die nachfolgenden Prüfaufträge mit Schreiben vom 7. April 2020 an die VBB GmbH erteilt:

1. verbundweites 365 Euro Ticket für Schüler, (analog VBB-Abo Azubi) + 55 Mio €
2. kostenloses Wohnort-Schule-Ticket für Sekundarstufe 1 und/oder 2, + 86,6 Mio €
3. kostenloses brandenburgweit Schülerticket (analog Berlin AB), + 148,8 Mio € (BB); 191 Mio € (BB + BE)
4. Erhöhung der Rabattierung des VBB Schülertickets von 25% auf 50% (analog Mobilitätsticket Brandenburg), + 14,6 Mio € - 17 Mio €
5. innovative Vorschläge für bestehende Tarifprodukte oder andere Alternativen für Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler

Die o.g. Prüfaufträge wurden in einer Arbeitsgruppe bestehend aus dem MIL, VBB und einigen kommunalen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen bearbeitet.

• Ergebnisse der Arbeitsgruppe (siehe Anlage 1):

Eine Weiterverfolgung/Umsetzung der Prüfthemen 1 und 2 wird nicht empfohlen. Gründe sind u.a., dass beide Möglichkeiten (Prüfthemen) keine Tarifvereinfachung darstellen, der Verwaltungsaufwand für die Verkehrsunternehmen, die Aufgabenträger, Schulverwaltungsämter wesentlich höher als heute wäre und sehr hohe zusätzliche Kosten auf das Land zukommen würden (Prüfthema 1: ca. 55 Mio. Euro und Prüfthema 2: ca. 86,6 Mio. Euro). Zudem wäre für viele Eltern ein

verbundweites 365 Euro Ticket (Prüfthema 1) im Vergleich zum Elternanteil für ein Wohnort-Schule-Ticket finanziell unattraktiv, da der Fahrtbedarf insbesondere von jüngeren Schülerinnen und Schülern außerhalb der Wohnort-Schulort-Relation in der Regel niedrig ist und es mit dem VBB-Freizeit-Ticket bereits eine kostengünstige Alternative gibt. Ein kostenloses Wohnort-Schule-Ticket (Prüfthema 2) schließt dagegen die Schülerinnen und Schüler aus, welche die Mindestentfernungen (Satzung des Landkreises / der kreisfreien Stadt) nicht erfüllen und/oder Fahrtbedarfe außerhalb der Wohnort-Schulort-Relation haben und ihr Ticket im Freiverkauf erwerben.

Das Prüfthema 3 „kostenloses brandenburgweit gültiges Schülerticket“ würde die anvisierte Tarifvereinfachung für Schülerinnen und Schüler erreichen und Familien finanziell vollständig entlasten. Die Schätzung des VBB für den Landeszuschuss belaufen sich jedoch auf 148,8 Mio. Euro pro Jahr (ohne Kosten der Dynamisierung und Mehrverkehre). Bei einer Öffnung des Tickets auf eine verbundweite Nutzung (inkl. Berlin AB) würde sich der Landeszuschuss auf 191 Mio. Euro pro Jahr erhöhen (ohne Kosten der Dynamisierung und Mehrverkehre). Es wird davon ausgegangen, dass jede Familie im Land Brandenburg das Ticket „erwerben“ wird (analog kostenfreies Schülerticket Land Berlin). Der Verwaltungsaufwand für die VBB GmbH und das Land Brandenburg wird steigen (Einrichtung eines neuen Abrechnungsverfahrens, Aufspaltung der Tarifstufe „Schüler/Azubi“) und aufgrund fehlender Datenlage können aktuell keine Aussagen zu einem geeigneten Einnahmenaufteilungs- und Abrechnungsverfahren getroffen werden.

Das Prüfthema 4 „Erhöhung der Rabattierung des Schülertickets von 25% auf 50% (analog Mobilitätsticket Brandenburg)“ würde eine finanzielle Entlastung der Familien durch die Preisreduzierung in allen vorhandenen Tarifstufen „Schüler“ erreichen. Der Verwaltungsaufwand für die VBB GmbH, Verkehrsunternehmen, Aufgabenträger und Schulverwaltungsämter bleibt nahezu gleich. Bzgl. der Umsetzung bestehen zwei Alternativen (1. im Rahmen des ÖPNV-Gesetzes oder 2. analog zum Mobilitätsticket Brandenburg), welche bei einer Entscheidung für das Prüfthema 4 vertiefter zu untersuchen sind. Die Schätzung des VBB für den Landeszuschuss: 14,6 Mio. Euro pro Jahr (ohne Kosten der Dynamisierung und Mehrverkehre).

Nachträglicher Hinweis zum Prüfthema 4 (nicht Bestandteil des Berichtes): Die 14,6 Mio. Euro wurde mit der Annahme berechnet, dass ca. 50% der Nutzergruppe das rabattierte Schülerticket in Anspruch nehmen. Aufgrund der Erfahrungen zum VBB-Azubiticket wurde die VBB GmbH gebeten, den Mindereinnahmenausgleich mit einer Nutzung von 80% und einer Erhöhung der Tarife von durchschnittlich 3% zu unterlegen. Bei einer Tarifsteigerung würde der Ausgleichsbetrag für das Land steigen, da mit der Maßnahme immer die 50prozentige Rabattierung garantiert wird. Im Ergebnis würde sich der Ausgleichsbetrag für das Land auf vsl. rd. 17 Mio. Euro erhöhen.

Das Prüfthema 5 „innovative Vorschläge für bestehende Tarifprodukte oder andere Alternativen für Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler“ hat zu keinen befürworteten Vorschlägen/Lösungsmöglichkeiten geführt.

→ Das Fachreferat 43 würde bei entsprechender Bereitstellung von zusätzlichen Landesmitteln den Prüfauftrag 4 „Erhöhung der Rabattierung des VBB Schülertickets von 25% auf 50% (analog Mobilitätsticket Brandenburg)“ präferieren.

Im Ergebnis sind für alle der vier o.g. Prüft Themen bei einer Umsetzung Zuschüsse aus dem Landeshaushalt erforderlich. Der Prüfauftrag fünf hat zu keinem Ergebnis geführt. Da eine Finanzierung aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Haushalt MIL (Epl. 11) nicht möglich ist, sollte das MdFE über den Stand des Prüfauftrages und bei Umsetzung über die erforderliche Bereitstellung von zusätzlichen Landesmitteln informiert werden.

• **Korrespondenz mit dem MdFE:**

Mit Schreiben vom 17. Juli 2021 wurden das MdFE und das MBS über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „tarifliche Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler“ informiert und die erforderlichen Haushaltsmittel angezeigt (siehe Anlage 2). Mit Schreiben vom 14. September 2021 hat sich das MdFE für den Bericht bedankt und mit Verweis auf die finanziellen angespannten Haushaltsjahre 2023 bis 2025 darauf hingewiesen, dass eine entsprechende Umsetzung nur im Rahmen der im Einzelplan 11 zur Verfügung stehenden Mittel möglich sei (siehe Anlage 3).

Bitte Bezug zu H. Aufwilder Organisation

Bewertung:

Eine Finanzierung des Auftrages aus dem Koalitionsvertrag kann nicht zu Lasten des Einzelplans 11 (Haushaltsplan Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung) erfolgen. Der finanzielle Rahmen gibt keine Deckung her. Auch wenn der VBB aufgrund seiner Tarifkompetenzen die Prüfaufträge bearbeitet hat, lässt sich daraus keine Finanzierungsverantwortung seitens des MIL für eine Entlastung im Schülertarif ableiten. Die primäre Zuständigkeit für Schülerinnen und Schüler liegt beim MBS sowie für den Schülerverkehr bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Es wurde versucht durch eine frühzeitige Einbindung des MdFE zusätzliche Landesmittel zu generieren. Vor dem Hintergrund, dass das MdFE in seinem Schreiben vom 14. September 2021 dies abgelehnt hat (plus Verweis auf den globalen Finanzierungsvorbehalt im Koalitionsvertrag) und weiterhin Sparauflagen gegenüber den Ressorts bestehen, ist eine Umsetzung des Auftrages aus dem KoA-Vertrag bis auf weiteres nicht möglich.

BdH: Wie ist die Situation nach der Checkpunkte?

Hierüber müssten die Koalitionspartner, Fraktionen und Abgeordneten informiert werden, bevor dem VBB und den Aufgabenträgern die Nachricht überbracht wird.

Bitte Bezug zu Tr. Vors. + Verkehrspl. Feder ist die Wie wird die Planung!

V

- 1. Min a.d.D. mit der Bitte um Zustimmung und weiterer Veranlassung
- 2. 43.6 z.Vg.

*h 24/9
Wo lag die Vorgang zu lange?*

*AL4 :
BdH :
43 :
43.6 :
12: u. d. 30/8*